

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur belebt sich, Finanzpolitik auf Sparkurs

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1996) : Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur belebt sich, Finanzpolitik auf Sparkurs, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 136-157

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1678>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur belebt sich – Finanzpolitik auf Sparkurs

Von Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Jörg W. Krämer,
Enno Langfeldt und Klaus-Werner Schatz

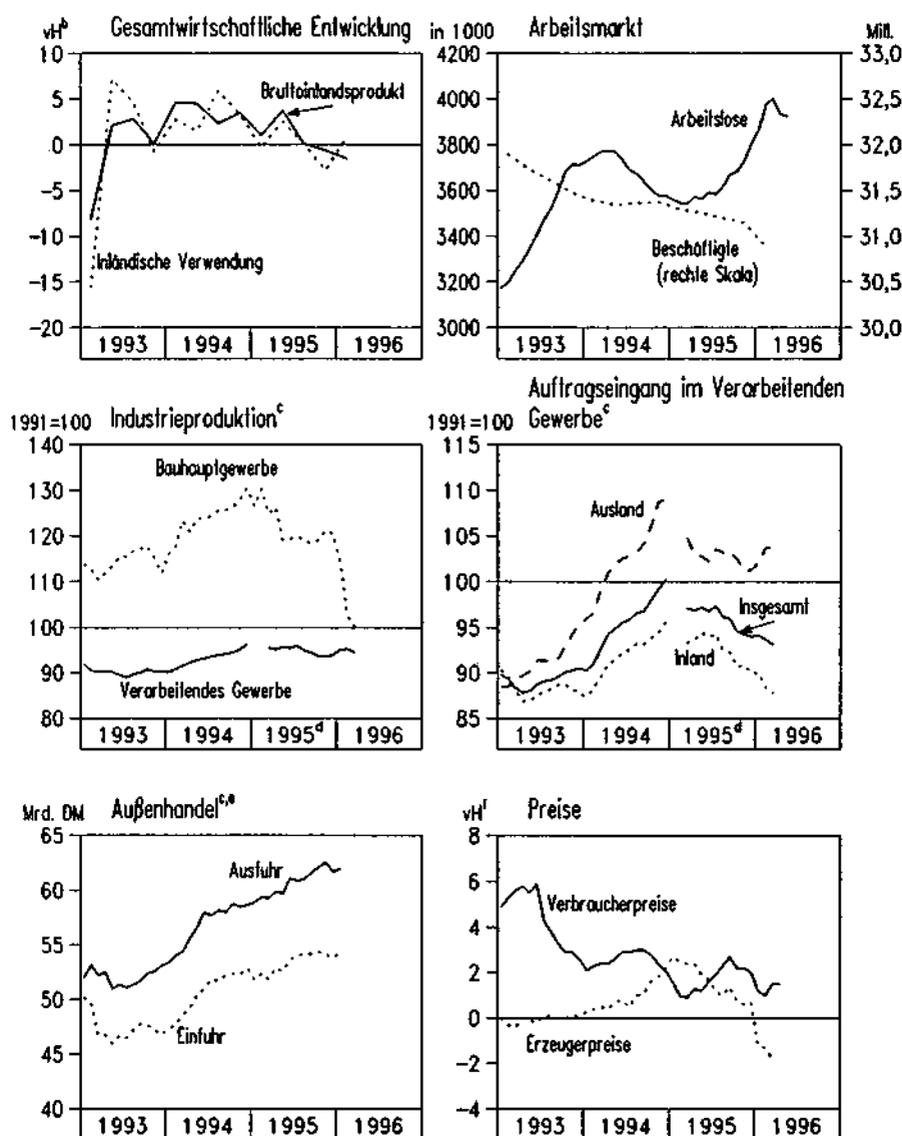
Die Konjunkturschwäche in Deutschland, die Mitte 1995 eingesetzt hatte, hielt im ersten Quartal 1996 an. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 1 vH (Schaubild 1). Dazu hat freilich auch der ungewöhnlich kalte und lang andauernde Winter beigetragen, der vor allem im Baugewerbe zu einer ausgeprägten Produktions-einschränkung führte. Die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe dagegen stieg, anders als in den beiden Vorquartalen, sogar leicht. In den neuen Bundesländern entwickelte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion ungünstiger als in den alten. Die witterungsbedingten Produktionsausfälle schlugen in Ostdeutschland wegen der deutlich größeren Bedeutung, die das Baugewerbe und die baunahen Produktionsbereiche dort haben, stärker zu Buche.

Mit der fortgesetzten Abnahme der Produktion hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt spürbar verschlechtert. Die Zahl der Beschäftigten ging im ersten Vierteljahr beschleunigt zurück und die der Arbeitslosen erhöhte sich deutlich mehr als im Vorquartal. Zweifellos hat der strenge Winter die Entwicklung am Arbeitsmarkt in den ersten drei Monaten dieses Jahres negativ beeinflusst. Das zeigt sich in der Reaktion nach dem Ende der Schlechtwetterperiode; so ist im April insbesondere im Baubereich die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen.

Weiterhin günstig entwickelte sich das Preisklima. Auf der Verbraucherstufe erhöhten sich die Preise im bisherigen Verlauf dieses Jahres mit einer laufenden Jahresrate von rund 1,5 vH moderat, die industriellen Erzeugerpreise gingen sogar zurück.

Die konjunkturellen Frühindikatoren deuten auf eine Produktionsbelebung im zweiten Quartal hin, und zwar nicht nur wegen des Wegfallens der witterungsbedingten Produktionsbehinderungen. Die Bestellungen aus dem Ausland sind bereits seit Beginn des Jahres aufwärtsgerichtet, und die Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland sind im April erstmals wieder spürbar gestiegen. Zudem hat sich die Stimmung bei den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe wie auch im Einzelhandel und im Baugewerbe etwas aufgehellt. Für eine Wende sprechen aber vor allem die seit geraumer Zeit günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen. Die Entwicklung der Geldmenge und die der kurzfristigen Zinsen signalisiert, daß von der Geldpolitik seit Mitte vergangenen Jahres zunehmend anregende Wirkungen auf die Binnen-nachfrage ausgehen. Der reale Außenwert der D-Mark ist seit Herbst letzten Jahres um rund 3 Prozentpunkte gesunken; zusammen mit einer wirtschaftli-

Schaubild 1 – Indikatoren^a zur konjunkturellen Entwicklung in Deutschland



^a Saisonbereinigt. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vH. – ^c Real, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^d Vergleichbarkeit gegenüber dem Vorjahr wegen Umstellung der Statistik gestört. – ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.



chen Erholung in wichtigen Handelspartnerländern läßt dies rascher steigende Exporte und Unternehmenserträge erwarten. Deutlich niedrigere Tariflohnhebungen in der diesjährigen Lohnrunde belasten die Unternehmen weniger als im Vorjahr; bei dem zu erwartenden Anstieg der Arbeitsproduktivität werden sich die Gewinne erholen können.

Verhindert die Finanzpolitik eine Kräftigung der Konjunktur?

Gegen die Einschätzung, daß sich die Konjunktur im weiteren Verlauf des Jahres und im Jahr 1997 beleben wird, wird häufig eingewendet, daß der Staat die Ausgaben kürzt. Es stellt sich die Frage, mit welchen finanzpolitischen Maßnahmen zu rechnen ist, wie diese auf die Konjunktur wirken und wie der Kurs der Finanzpolitik zu beurteilen ist.

Angesichts des in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Schuldenstandes haben Bund, Länder und Gemeinden in den vergangenen Monaten auf die erheblichen Steuerausfälle, die mit der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden waren, mit zusätzlichen Sparmaßnahmen reagiert, zumal die Erwartungen bezüglich des Steueraufkommens deutlich nach unten revidiert wurden. Der Bund und viele Länder haben Haushaltssperren verfügt, um den Ausgabenanstieg gering zu halten. Die Bundesregierung beabsichtigt zudem, im Rahmen des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ die öffentlichen Ausgaben im Jahr 1997 zu kürzen, gleichzeitig aber die Abgabenbelastung etwas zu verringern; dabei handelt es sich um eine Vielzahl von Maßnahmen. Die Bundesländer erwägen zusätzliche Eingriffe vor allem bei den Personalausgaben.

Insgesamt ist zu erwarten, daß die Ausgaben des Staates (einschließlich Sozialversicherung) im Jahr 1996 um 2,5 vH zunehmen werden. Im Jahr 1997 dürfte der Anstieg der Staatsausgaben bei den von uns prognostizierten Ausgabenkürzungen um rund 19 Mrd. DM (Tabelle 1) mit rund 2 vH etwas geringer ausfallen. Die Steuersenkungen dürften sich 1997 per saldo auf 11 Mrd. DM belaufen. Diese Entlastung wird durch die Anhebung der Beiträge zur Sozialversicherung¹ zu einem großen Teil kompensiert; das zusätzliche Beitragsaufkommen wird wohl 8 Mrd. DM betragen.

Den kurzfristig kontraktiven Wirkungen der Ausgabenkürzungen stehen also anregende Effekte der Steuersenkungen gegenüber. Verstärkt werden die dämpfenden Einflüsse durch die Beitragsatzanhebung. Per saldo ist für das Jahr 1997 zu erwarten, daß die Finanzpolitik – rein rechnerisch – den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um 15 Mrd. DM verringert; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies rund 0,4 vH. Unterblieben Ausgabenkürzungen, so würde die Nachfrage freilich kurzfristig ebenfalls gedämpft. Bei der Sozialversicherung wäre eine größere Beitragsatzanhebung notwendig; der Beitragsatz zur Rentenversicherung müßte stärker erhöht werden, der zur Krankenversicherung könnte nicht gesenkt werden. Die Gebietskörperschaften

¹ Der Beitragsatz in der Rentenversicherung wird erhöht, der in der Krankenversicherung gesenkt (Tabelle 1).

Tabelle 1 – Erwartete finanzpolitische Maßnahmen – Auswirkungen im Jahre 1997 (Mrd. DM)

Steuersenkungen und -erhöhungen	
Senkung des Solidaritätszuschlags (von 7,5 auf 6,5 vH)	-3,6
Abschaffung der Vermögensteuer	-8,0
Reform der Erbschaftsteuer	1,6
Abschaffung der Gewerbesteuer	-3,5
Senkung der Gewerbeertragsteuer	-2,6
Verschärfung der Abschreibungsregeln für Ausrüstungsinvestitionen	4,0
Änderung der Kfz-Besteuerung	2,1
Sonstige Maßnahmen	-1,1
Insgesamt	-11,1
Nachrichtlich:	
Nicht-Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ^a	3,8
Nicht-Erhöhung des Grundfreibetrages ^a	1,5
Änderung des Beitragsaufkommens	
Rentenversicherung (Beitragssatzanhebung um 0,8 Prozentpunkte)	13,0
Krankenversicherung (Beitragssatzsenkung um 0,4 Prozentpunkte)	-6,5
Sonstige Maßnahmen	1,2
Insgesamt	7,7
Ausgabenkürzungen	
Änderungen bei den Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrenten (Frühverrentung, Altersgrenze für Frauen, Anrechnung von Ausbildungszeiten, Rehabilitationsmaßnahmen, Renten für Aussiedler)	-3,4
Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung	-2,0
Änderungen bei den sonstigen Transfers	-1,3
Kürzung der Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (Selbstbeteiligung, Rehabilitation, Kuren)	-6,0
Änderung der Personalausgaben und Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften	-4,0
Kürzungen der Investitionen	-2,0
Insgesamt	-18,7
Gesamteffekt auf den Finanzierungssaldo des Staates	15,3
^a Erhöhung ursprünglich geplant, jetzt auf 1998 verschoben.	

Quelle: BMF (1996), eigene Schätzungen.

müßten sich bei gegebenen Steuersätzen vermehrt verschulden, oder die Steuern müßten steigen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, bis zum Ende des Jahrzehnts die Staatsquote um rund 5 Prozentpunkte auf den Stand vor der Vereinigung zu senken. Dabei sollen das Staatsdefizit und die Abgabenbelastung gleichzeitig verringert werden. Eine solche mittelfristige Strategie verbesserte die Angebotsbedingungen am Standort Deutschland. Sie erfordert, daß der Anstieg der staatlichen Ausgaben beträchtlich gedrückt wird. Nach aller Erfahrung sind Ausgabenkürzungen eher durchzusetzen, wenn die staatlichen Einnahmen nur wenig steigen. Aus diesem Grunde ist die Senkung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer nicht nur wegen der unmittelbar geringeren Belastung angemessen, die er für Investoren und Konsumenten bedeutet, sondern auch wegen des Spar-

zwangs, den er für sich genommen zur Folge hat. Die Ausgabenkürzungen signalisieren deshalb auch, daß sich die Finanzpolitik nicht immer wieder neue Einnahmequellen erschließt, um Einnahmenverluste an anderer Stelle auszugleichen. Würde die Bundesregierung auf die jetzt geplanten Ausgabenkürzungen verzichten, so verlöre sie Vertrauen, daß die mittelfristige Rückführung der Staats- und der Abgabenquote gelingt. Auch dies hätte dämpfende Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Insgesamt gesehen ist der die Konjunktur beeinträchtigende Einfluß der Finanzpolitik als recht gering zu veranschlagen. Er steht einer durch die Geld- und Lohnpolitik angelegten konjunkturellen Erholung nicht im Wege.

Das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ geht aber nicht nur aus den genannten Gründen in die richtige Richtung. Es enthält erste Ansätze zu einer Neuorientierung staatlicher Prioritäten, zu einer besseren Aufgabenteilung zwischen dem Staat und den Privaten, zu weniger Verzerrungen von Investitions- und Konsumententscheidungen und auch deshalb zu einer Aufwertung des Standortes Deutschland. So wird mit den verschiedenen Kürzungen bei den Leistungen der Sozialversicherungen ein Zeichen dafür gesetzt, daß künftig mehr der Versicherungscharakter hervortreten, die Umverteilung von Einkommen verringert werden soll. Zugleich bedeuten die Kürzungen, daß die Privaten mehr Vorkehrungen für das Alter und das Risiko von Einkommensverlusten treffen müssen. Die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Senkung der Gewerbeertragsteuer haben zur Folge, daß vielfältige Verzerrungen unternehmerischer Entscheidungen über die adäquate Rechtsform und die optimale Finanzierungsform gemildert oder beseitigt und insgesamt die Investitionstätigkeit gefördert würde. Die Abschaffung der Vermögensteuer entspricht der Forderung, daß die innere Konsistenz des herrschenden Steuersystems es verlangt, lediglich die Einkommen zu besteuern, nicht die Quellen, aus denen die Einkommen fließen, damit gesamtwirtschaftlich Verzerrungen von Anlageentscheidungen vermieden werden können. Die Änderung der Kfz-Besteuerung, nach der künftig die Emissionen der Fahrzeuge stärker zählen, läßt sich ebenfalls aus ökonomischer Sicht begründen, weil sie zu einer stärkeren Internalisierung volkswirtschaftlich schädlicher externer Kosten führt.

Freilich beinhaltet das Programm aber nicht mehr als erste Ansätze. So werden die Subventionen geschont, bei denen sich große Beträge mit erheblichen Gewinnen an Arbeitsplätzen und einer beträchtlichen Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sparen ließen. Offen ist, ob die Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung in eine konsequente Umgestaltung der Systeme einmünden. Nicht absehbar ist auch, ob es zu Reformen der Besteuerung der Einkommen und der sozialen Transfers kommt, die die Anreize zur Aufnahme von Arbeit deutlich verstärken.

Ausblick: Konjunkturelle Besserung – Aufholprozeß in Ostdeutschland gerät ins Stocken

Die Rahmenbedingungen lassen in diesem und im kommenden Jahr eine spürbare wirtschaftliche Belebung erwarten. Die Bundesbank hat ihre Leitzinsen

Tabelle 2 – Annahmen der Konjunkturprognose 1996–1997

	1996				1997			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Geldmenge M1 ^a	18,0	8,5	8,5	8,0	7,0	7,0	6,0	6,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld (%)	3,4	3,3	3,0	3,2	3,8	4,2	4,4	4,6
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere (%)	5,6	5,8	5,8	6,0	6,0	6,0	6,2	6,2
Tariflohnindex ^{b,c}	3,3	2,2	2,0	1,1	1,6	1,7	1,9	1,9
DM/\$	1,47	1,53	1,55	1,58	1,60	1,60	1,60	1,60
Realer Außenwert der D-Mark ^d	99,8	98,0	97,0	96,5	96,3	96,3	96,3	96,3
Industrieproduktion im Ausland ^{a,e}	2,4	2,9	4,0	4,6	4,6	4,3	3,5	2,4

^a Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in vH. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c Westdeutschland, auf Stundenbasis. – ^d Gewogener Außenwert der D-Mark gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (1972=100). – ^e In 18 Industrieländern gewichtet mit den Anteilen am deutschen Außenhandel.

Quelle: Eigene Schätzungen.

Mitte April erneut um einen halben Prozentpunkt verringert; mit 2,5 bzw. 4,5% sind der Diskont- und der Lombardsatz so niedrig wie zuletzt Ende 1987. Den daraus entstehenden Spielraum für eine weitere Rückführung der Geldmarktzinsen hat die Bundesbank bislang nicht genutzt; der Zinssatz für Wertpapierpensionsgeschäfte verharrt bei 3,3% (Tabelle 2). Die Differenz zwischen den lang- und den kurzfristigen Zinsen ist mit rund 2,5 Prozentpunkten ausgeprägt positiv. Das spricht ebenso für einen expansiven Kurs der Geldpolitik wie die Entwicklung der Geldmengenaggregate; sowohl die Geldmenge M3 als auch die enger gefaßte Geldmenge M1 expandierten in den letzten sechs Monaten mit einer laufenden Jahresrate von etwas mehr als 10 vH. Angesichts der nach wie vor bestehenden Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sowie des moderaten Tempos des Preisauftriebs wird die Bundesbank im weiteren Verlauf dieses Jahres ihre Zinsen wohl niedrig halten und eine kräftige Ausweitung der Geldmenge zulassen. Erst nach der Jahreswende 1996/97, wenn sichtbar geworden ist, daß die Konjunktur an Schwung gewonnen hat, wird die Notenbank bemüht sein, ihren Kurs etwas zu straffen, um zu verhindern, daß das Geldmengenwachstum rascher verläuft als mittelfristig mit Preisniveaustabilität vereinbar ist. Die für das kommende Jahr zu erwartenden Zinserhöhungen dürften jedoch mäßig ausfallen und angesichts der besseren Renditeerwartungen die Konjunktur nicht dämpfen.

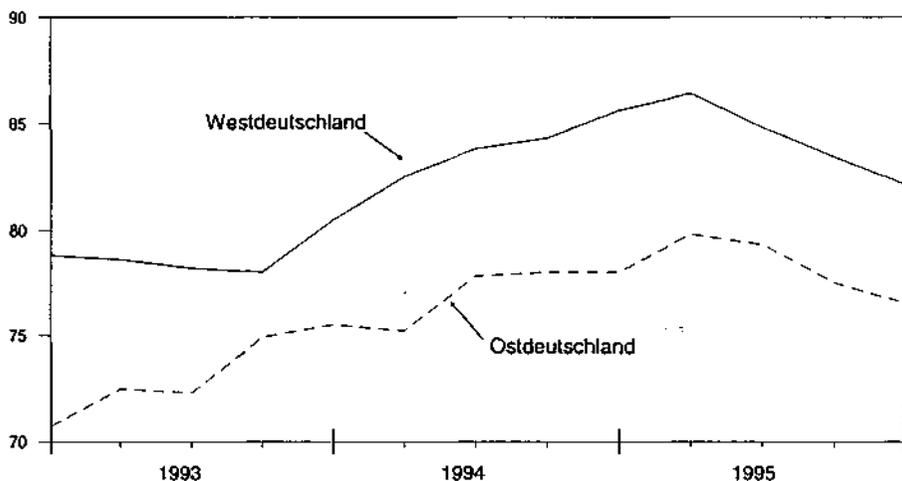
In der diesjährigen Lohnrunde sind in Westdeutschland Tariflohnsteigerungen von knapp 2 vH beschlossen worden; im öffentlichen Dienst betragen sie deutlich weniger als 1 vH. In einigen Branchen, insbesondere in der Metallindustrie, wirken jedoch noch höhere Abschlüsse nach, die bereits im vergangenen

Jahr vereinbart worden sind. Aus diesem Grund wird sich in diesem Jahr im Durchschnitt die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne auf 2,2 vH belaufen. Bei weiterhin hoher Arbeitslosigkeit ist für das kommende Jahr mit ähnlichen Neuabschlüssen wie in diesem Jahr zu rechnen; für das Jahr 1997 ergibt sich dann ein Anstieg der Tariflöhne von knapp 2 vH. Trotz in diesem Jahr nochmals erhöhter Beitragssätze in der Sozialversicherung zeichnet sich eine geringere Zunahme der Arbeitskosten je Stunde ab, zumal die Unternehmen häufig freiwillige Leistungen kürzen und bei größerer Flexibilität des zeitlichen Einsatzes der Arbeitskräfte Überstundenzuschläge wegfallen. Damit entsteht bei sich allmählich bessernder Konjunktur insbesondere im nächsten Jahr Raum für eine deutliche Ausweitung der Gewinne. Wesentlich ungünstiger ist die Situation in Ostdeutschland. Hier ist im zurückliegenden Jahr – wie schon 1994 – der Anpassungsprozeß an das Westniveau bei den Löhnen rascher vorangeschritten als bei der Produktivität. Bei der vertraglich vereinbarten Angleichungsautomatik in vielen Tarifverträgen werden die Tarifverdienste in den neuen Bundesländern in diesem Jahr mit rund 5,5 vH abermals deutlich stärker als in den alten zunehmen. Die hohen Lohnsteigerungen erweisen sich als eine schwere Hypothek für den Aufholprozeß in Ostdeutschland. Vielfach sind Unternehmen in ihrer Existenz bedroht; um Arbeitsplätze zu erhalten, haben insbesondere kleine Betriebe mit ihren Belegschaften Löhne unterhalb des Tariflohnlevels vereinbart (DIW et al. 1995: 46).

Von der Auslandsnachfrage gehen zunehmend anregende Wirkungen auf die Konjunktur aus. Die wirtschaftliche Aktivität in den Industrieländern wird sich im Laufe dieses Jahres deutlich beleben, und die Kapazitätsauslastung wird bis weit in das nächste Jahr hinein steigen (Lapp et al. 1996). Das Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt kräftig. Zudem hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure verbessert. Seit Herbst vergangenen Jahres hat die D-Mark insbesondere gegenüber dem US-Dollar, aber auch gegenüber einigen europäischen Währungen spürbar an Wert verloren. Für die Prognose wurde angenommen, daß die Währungsrelationen zu den westeuropäischen Partnerländern weitgehend konstant bleiben und die D-Mark sich gegenüber dem US-Dollar bis zum Jahresende 1996 auf einen Wechselkurs von rund 1,60 DM/\$ abwertet und im nächsten Jahr dort verharret.

In Westdeutschland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im kommenden Jahr in einem Tempo expandieren, das etwas größer ist als die Ausweitung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Dabei werden vor allem die Hersteller von Vorleistungs- und von Investitionsgütern ihre Erzeugung besonders rasch ausdehnen. Die Bautätigkeit wird – abgesehen von dem witterungsbedingten Aufholen im zweiten Quartal 1996 – erst im Verlauf des kommenden Jahres in der Tendenz wieder leicht aufwärtsgerichtet sein. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland wird gleichwohl wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn 1996 nur um 0,4 vH höher sein als im Vorjahr; für 1997 ist mit einem Anstieg von 2,6 vH zu rechnen.

In den neuen Bundesländern hat die wirtschaftliche Dynamik bereits im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich nachgelassen, und die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts haben sich denen in den alten Bundesländern

Schaubild 2 – Auslastungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe in West- und Ostdeutschland^a

^a In vH der betrieblichen Normalauslastung, saisonbereinigt.



tendenziell angenähert. Im ersten Quartal dieses Jahres war die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht höher als vor einem Jahr, während sie in den alten Bundesländern noch geringfügig größer war. Infolge des ungewöhnlich langen und kalten Winters kam es in der Bauwirtschaft und in den baunahen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes zu spürbaren Produktionseinschränkungen. Wegen der größeren Bedeutung der Bauwirtschaft im Osten – ihr Anteil an der gesamten Wertschöpfung ist mit 17 vH reichlich dreimal so groß wie im Westen – wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion hier stärker als im Westen in Mitleidenschaft gezogen. Zweifellos hat auch die konjunkturelle Stockung im Westen dazu beigetragen, daß der Produktionsanstieg in den neuen Bundesländern in letzter Zeit deutlich niedriger als zuvor ausgefallen ist.

Seit rund zwei Jahren entwickelt sich die Kapazitätsauslastung in Westdeutschland und in Ostdeutschland parallel (Schaubild 2). Dazu hat sicher die enger gewordene wirtschaftliche Verflechtung beigetragen. So dürfte die konjunkturelle Stockung im Westen im zurückliegenden Jahr den Produktionsanstieg im Osten gedämpft haben, und es ist zu erwarten, daß sich mit der größeren konjunkturellen Dynamik in den alten Bundesländern das Expansions-tempo in den neuen Bundesländern erhöht; es dürfte jedoch wesentlich geringer sein als in den ersten Jahren nach der Vereinigung. Die Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs hat nämlich auch wesentlich andere als konjunkturelle Gründe. Im Gefolge der Vereinigung sind die Produktion und das Produktionspotential in Ostdeutschland schlagartig und drastisch eingebrochen. Im Zuge der Umstrukturierung der Wirtschaft wurden, stark gestützt durch staatliche Fördermaßnahmen, neue Produktionsanlagen errichtet; alte

wurden weiterhin stillgelegt. Die Welle der Anfangsinvestitionen dürfte den Höhepunkt jedoch überschritten haben. So ist der größte Teil der Investitionsverpflichtungen, die im Zusammenhang mit der Privatisierung von Betrieben eingegangen worden ist, inzwischen erfüllt. Zwar werden Investitionen in den neuen Bundesländern vom Staat gegenwärtig mit in etwa unverändertem finanziellen Aufwand gefördert. Doch wird ein immer geringeres Investitionsvolumen angestoßen, denn das Lohnniveau ist nun sehr viel höher als vor wenigen Jahren.

Zwar sind die Löhne schon im Zuge der Vereinigung und unmittelbar danach kräftig gestiegen. Doch damals bewirkten Rationalisierung, Aufgabe und Umstrukturierung sowie Neuaufbau von Produktionen eine Zunahme der Produktivität, die größer war. Die Lohnstückkosten waren im Verarbeitenden Gewerbe wie in der Gesamtwirtschaft zwar deutlich höher als in Westdeutschland, aber sie gingen zunächst im Vergleich stark zurück. Nun sind die Produktivitätsgewinne weitgehend ausgeschöpft, die die Umstellung auf die Marktwirtschaft ermöglichte, und es werden weniger neue Anlagen errichtet. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität bleibt hinter dem der Löhne zurück; die Lohnstückkosten nahmen 1995 relativ zu denen in Westdeutschland zu.² Gegenwärtig sind die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt um etwa ein Drittel höher als dort (Tabelle 3). Dem konjunkturellen Impuls, der sich aus der Belebung in Westdeutschland für Ostdeutschland ergeben wird, steht also die fundamentale Wettbewerbschwäche gegenüber, die sich nun wieder voll bemerkbar macht. Die Ertragslage und die Ertragsaussichten vieler Unternehmen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe sind bei den hohen Lohnkosten schlecht; hinzu kommen Standortnachteile der neuen Bundesländer wie die immer noch vorhandenen Unzulänglichkeiten der Infrastruktur oder die im Vergleich mit den westlichen Ländern hohen Preise für Energie und Wasser (DIW et al. 1996). Oft genügen die Qualität und die Gestaltung der Produkte den Markterfordernissen noch nicht. Auf überregionalen Märkten haben sich bisher nur verhältnismäßig wenig ostdeutsche Produkte etablieren können. Insgesamt können die Unternehmen, jedenfalls im Durchschnitt, nicht die finanziellen Mittel erwirtschaften, die für die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowie die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung erforderlich wären. Das verhindert auch das Entstehen neuer Unternehmen, und so bleibt die industrielle Basis in Ostdeutschland schwach.

Zudem sind angesichts verstärkter Haushaltsprobleme die staatlichen Impulse für die Bautätigkeit zurückgegangen, sei es infolge einer langsameren Auswei-

² Üblicherweise werden die Lohnstückkosten ermittelt, indem die nominalen Einkommen der Arbeitnehmer auf die reale Wertschöpfung bezogen werden. Wegen der ausgeprägten Preisänderungen, zu denen es in den neuen Bundesländern im Zuge der Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen kam, ist ein solches Vorgehen für einen Vergleich von Ost- und Westdeutschland nicht geeignet. Bei der Verwendung realer Wertschöpfungsgrößen blieben nämlich die Preisveränderungen nach 1991, dem aktuellen Basisjahr für die Deflationierung der nominalen Wertschöpfung, unberücksichtigt. Die Lohnkostenbelastung würde dadurch tendenziell überzeichnet. Um dies zu verhindern, werden im folgenden nominale Wertschöpfungsgrößen verwendet.

Tabelle 3 – Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland 1995–1997

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1995	1996 ^a	1997 ^a	1995	1996 ^a	1997 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^{b,c}	1,6	0,4	2,6	5,6	3,0	3,5
Produktivität ^{b,d}	2,3	1,6	2,8	3,9	3,8	3,0
Produktivitätsniveau, Ostdeutschland in vH von Westdeutschland				44,1	45,0	45,2
Erwerbstätige ^{b,e}	-0,7	-1,1	-0,2	1,6	-0,8	0,4
Arbeitslose (1000 Personen)	2 565	2 755	2 790	1 047	1 185	1 125
Arbeitslosenquote ^f	8,3	8,9	9,0	14,0	15,7	15,0
Verbraucherpreise ^b	1,7	1,4	1,6	2,1	2,3	1,6
Lohnstückkosten ^{b,g}	-1,1	-0,6	-1,9	-0,6	-1,1	-1,8
Lohnstückkostenniveau, Ostdeutschland in vH von Westdeutschland				137,7	136,9	137,0

^a Prognose. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c In Preisen von 1991. –
^d Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen im Inland. – ^e Im Inland. –
^f Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose) in vH. – ^g Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996).

tung von Infrastrukturinvestitionen, sei es durch eine Einschränkung der steuerlichen Förderung im Wohnungsbau. Unter diesen Bedingungen wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im kommenden Jahr trotz der deutlichen konjunkturellen Belebung mit einer Rate von 3,5 vH kaum höher sein als in diesem Jahr (3 vH). Für Deutschland insgesamt ergibt sich für dieses Jahr ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,6 vH, für das nächste Jahr ist ein Anstieg um 2,6 vH zu erwarten (Tabellen 4 und 5). Dabei wird sich die Kapazitätsauslastung bis zum Ende des Prognosezeitraums allmählich erhöhen (Schaubild 3).

Nur leichter Anstieg der Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen sind in Deutschland im ersten Quartal des Jahres 1996 eingebrochen: Sie waren um knapp 12 vH niedriger als im Vorjahr. Die Verminderung ist freilich auch auf die ungewöhnlich ungünstige Witterung zurückzuführen; ungewöhnlich viele Unternehmen der Baubranche gaben bei Befragungen an, durch das Wetter in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt worden zu sein. Darüber hinaus ist die konjunkturelle Grundtendenz der Bauinvestitionen sehr schwach. So hat die Produktion im Bauhauptgewerbe im April das Niveau im vierten Quartal 1995 bei weitem nicht erreicht, obwohl sie kaum noch durch

Tabelle 4 – Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1993–1996

	1995	1994	1995	1996 ^a	1997 ^a
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1 972,0	3,7	3,7	2,7	3,0
Staatsverbrauch	675,4	2,3	4,5	3,0	2,7
Anlageinvestitionen	751,1	5,9	2,9	-0,8	5,3
Ausrüstungsinvestitionen	262,7	-1,4	1,9	3,0	8,6
Bauinvestitionen	488,4	10,3	3,5	-2,8	3,4
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	25,4	(24,6)	(25,4)	(22,3)	(39,9)
Ausfuhr	795,7	8,2	5,7	4,5	7,4
Einfuhr	760,0	7,6	3,4	3,6	7,2
Außenbeitrag (Mrd. DM)	35,7	(17,5)	(35,7)	(44,7)	(49,8)
Bruttoinlandsprodukt	3 459,6	5,2	4,2	2,1	4,0
Bruttosozialprodukt	3 445,6	4,8	4,0	2,0	4,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1 726,2	0,9	1,7	1,0	1,5
Staatsverbrauch	597,8	0,7	2,1	1,5	1,1
Anlageinvestitionen	678,4	4,3	1,5	-1,8	3,1
Ausrüstungsinvestitionen	256,6	-1,2	2,0	1,9	5,8
Bauinvestitionen	421,8	7,8	1,2	-4,0	1,4
Vorratsveränderungen (Mrd. DM)	26,7	(28,1)	(26,7)	(22,3)	(39,9)
Ausfuhr	768,1	7,5	3,8	3,3	4,9
Einfuhr	774,4	7,1	2,7	2,1	3,8
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-6,3	(-14,5)	(-6,3)	(-3,1)	(12,4)
Bruttoinlandsprodukt	3 022,8	2,9	1,9	0,6	2,6
Bruttosozialprodukt	3 010,6	2,4	1,8	0,8	2,6
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts	1991 = 100				
Privater Verbrauch	114,2	2,8	2,0	1,6	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	102,4	-0,2	-0,1	1,0	2,6
Bauinvestitionen	115,8	2,3	2,2	1,3	2,0
Ausfuhr	103,6	0,6	1,8	1,2	2,3
Einfuhr	98,1	0,5	0,7	1,5	3,3
Bruttoinlandsprodukt	114,5	2,3	2,2	1,5	1,3
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	Mrd. Std.				
geleistetes Arbeitsvolumen	55,1	-0,7	-1,5	-1,6	-0,6
Produktivität	·	3,6	3,4	2,2	3,2
Einkommensverteilung	Mrd. DM				
Volkseinkommen	2 616,0	4,5	4,6	1,8	3,8
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	742,6	11,1	8,4	2,0	8,2
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 873,5	2,2	3,2	1,5	2,1
in vH des Volkseinkommens	·	72,6	71,6	71,4	70,2
Lohnkosten je Produkteinheit ^b	·	-0,4	1,5	1,0	-0,5
Arbeitslose (Mill.)	·	(3,70)	(3,61)	(3,95)	(3,90)
Arbeitslosenquote	·	9,6	9,4	10,3	10,2
Erwerbstätige ^c (Mill.)	·	(35,96)	(34,86)	(34,50)	(34,45)
Finanzierungssaldo des Staates ^d (Mrd. DM)	·	(-141)	(-122)	(-131)	(-127)
Leistungsbilanzsaldo ^e (Mrd. DM)	·	(-34,4)	(-24,9)	(-20)	(-18)

^a Prognose. – ^b Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen. – ^c Inlandskonzept. – ^d In der Abgrenzung der Finanzstatistik einschließlich Sozialversicherung und Treuhandanstalt; 1994 volle Berücksichtigung der Gewinnablieferung der Bundesbank als Einnahme des Bundes. – ^e In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

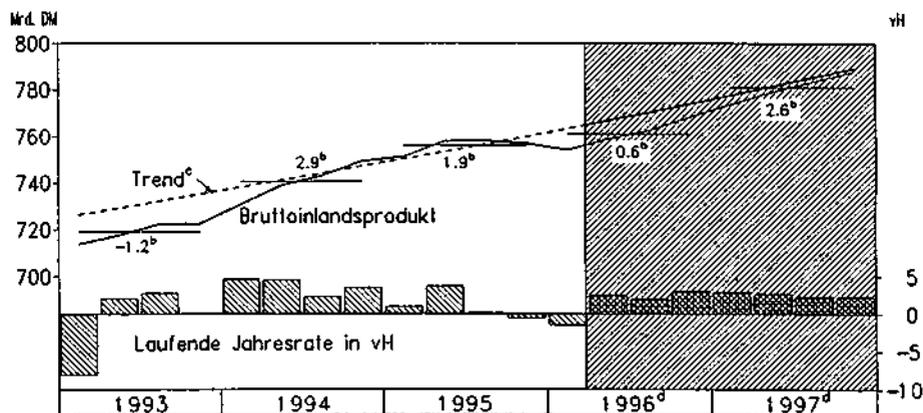
Quelle: Statistisches Bundesamt (1996), eigene Schätzung.

Tabelle 5 – Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1995–1997^a

	1995				1996				1997			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Privater Verbrauch	2,7	2,6	-1,1	1,9	2,0	0,0	-0,5	1,0	2,0	1,5	3,0	2,5
Saatlicher Verbrauch	5,0	4,4	0,8	3,2	4,9	-4,5	-0,5	1,0	1,0	1,5	1,5	2,0
Ausrüstungsinvestitionen	-4,3	1,9	-1,2	1,3	0,6	4,0	4,5	6,0	7,5	6,0	4,5	4,5
Bauinvestitionen	-2,2	1,9	-2,2	-8,8	-27,5	36,0	2,0	3,0	-7,5	0,0	1,5	2,0
Ausfuhr	2,7	7,8	-1,2	12,9	-4,7	5,0	5,5	5,5	5,5	4,5	4,0	3,0
Einfuhr	-6,2	9,1	-0,9	3,5	0,3	2,5	2,0	3,5	4,5	4,5	4,0	4,0
Letzte inländische Verwendung	-0,9	4,0	-0,4	-2,7	0,3	1,5	1,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt	1,0	3,7	0,1	-0,6	-1,5	2,5	2,0	3,5	2,5	2,5	2,5	2,0
Arbeitslose ^b	3556	3568	3611	3719	3910	3930	3955	3975	3975	3950	3900	3850
Erwerbstätige im Inland	-0,6	-0,3	-0,5	-0,7	-2,6	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,5	0,5

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigt mit Hilfe des Census X-11-Verfahrens. Prognosen auf halbe Prozentpunkte gerundet. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in vH. – ^b In 1000 Personen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996), eigene Prognose.

 Schaubild 3 – Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland


^a Saison- und arbeitstäglich bereinigt, in Preisen von 1991, in Mrd. DM (linke Skala) bzw. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott Filters. – ^d Prognose.



ungünstiges Wetter beeinflusst war.³ Die Bauinvestitionen werden im zweiten Vierteljahr, wenn die unterbliebene Produktion teilweise nachgeholt wird, vorübergehend kräftig zunehmen. Im weiteren Verlauf des Jahres werden sie nur leicht steigen und im Jahresdurchschnitt somit fühlbar niedriger sein als im Vorjahr.

³ Freilich sind die ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes wegen der zu Jahresbeginn erfolgten Umstellung auf eine EU-einheitliche Statistik sehr unsicher.

Strittig ist, welche Entwicklung der Bauinvestitionen für 1997 als wahrscheinlich anzusehen ist. Maßgeblich für die unterschiedlichen Einschätzungen ist insbesondere die Prognose der Wohnungsbauinvestitionen. Häufig wird erwartet, daß diese im Durchschnitt des Jahres 1997 nochmals niedriger sein werden als im Vorjahr. Hierfür werden im wesentlichen zwei Gründe genannt: Zum einen sei mit einem Rückschlag für die Wohnungsbautätigkeit in Ostdeutschland zu rechnen, da mit dem Jahreswechsel 1996/97 die Sonderabschreibungen für den ostdeutschen Wohnungsneubau gekürzt werden. Zum anderen sei auch im westdeutschen Wohnungsbau ein weiterer Rückgang absehbar, da die Wohnungsbaugenehmigungen bis Mitte des Jahres 1995 kräftig sanken (Schaubild 4). Beide genannten Argumente sind an sich schlüssig. Freilich wird ihre quantitative Bedeutung überschätzt.

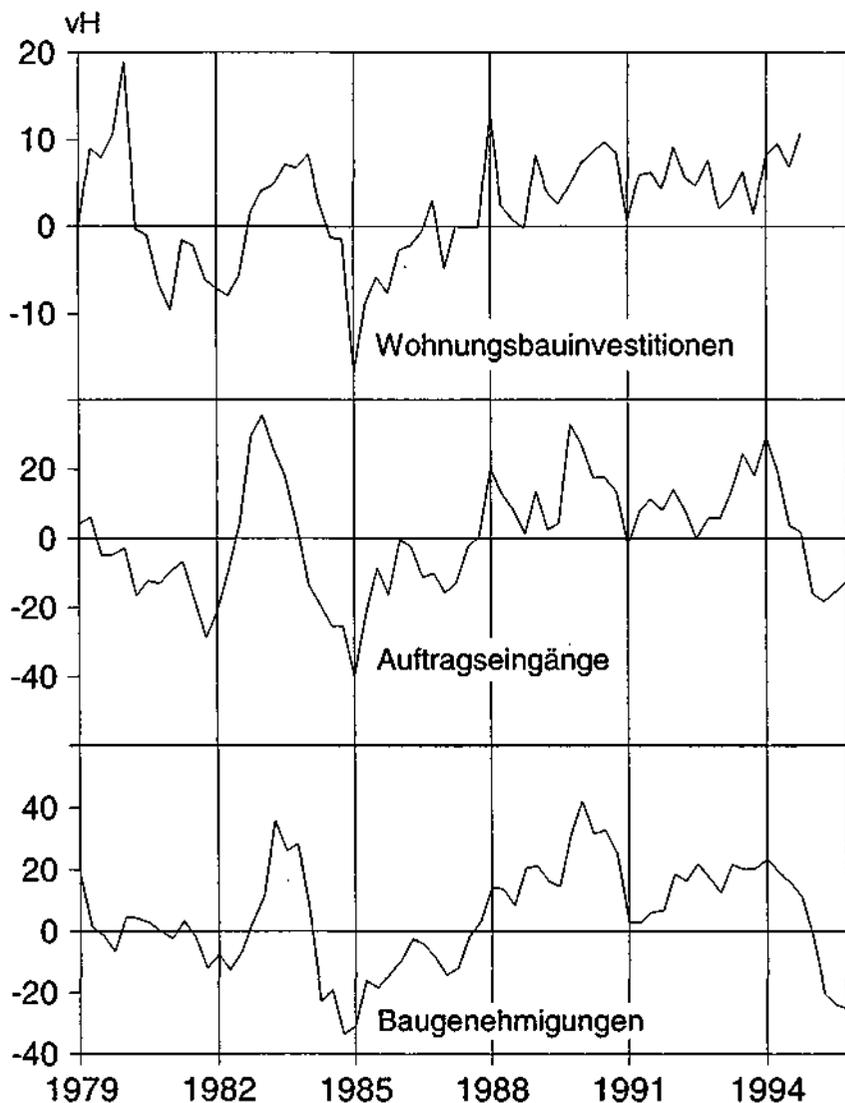
Die steuerlichen Veränderungen – ab 1. Januar 1997 werden die hohen Abschreibungssätze zurückgeführt – betreffen nur den frei finanzierten ostdeutschen Wohnungsneubau und damit nur einen geringen Teil der gesamtdeutschen Bauinvestitionen.⁴ Die Wohnungsmodernisierung in den neuen Bundesländern ist weiter rege, und auch der Einfamilienhausbau wird aufwärtsgerichtet sein. Zudem wirkt die ab Beginn dieses Jahres gesetzlich neu geregelte Wohneigentumsförderung in Ostdeutschland stützend: Viele Haushalte haben hier ein Einkommen, daß sie förderungsberechtigt macht. Auch ist die Ausstattung mit Wohnraum in Ostdeutschland – im Verhältnis zu den mittlerweile erreichten verfügbaren Einkommen – qualitativ weit geringer als in Westdeutschland. Zudem bleibt die Förderung des Wohnungsbaus auf einem immer noch hohen Niveau. Insgesamt wird der Rückgang im ostdeutschen Wohnungsbau daher deutlich schwächer sein als vielfach vermutet.

Hinsichtlich des westdeutschen Wohnungsbaus stellt sich die Frage, ob der Vorlauf der Indikatoren Baugenehmigungen und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ausreichend ist, um die Entwicklung im nächsten Jahr zu beurteilen. Vergleicht man die Veränderungsdaten der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und des Volumens der erteilten Baugenehmigungen für Wohnbauten sowie der realen Wohnungsbauinvestitionen, so zeigt sich kein stabiler Vorlauf der ersten beiden Reihen vor der dritten, zudem beträgt er im Durchschnitt nur rund ein Quartal. Der Rückgang der Zeitreihen seit Beginn des Jahres 1995 läßt daher allenfalls auf eine schwache Tätigkeit im Wohnungsbau 1996 schließen; einer Erholung im Jahr 1997 widerspricht er nicht. Im Gegenteil: Der jüngste Anstieg der Indikatoren deutet sogar daraufhin, daß der Tiefpunkt im westdeutschen Wohnungsbau bereits durchschritten ist, zumal – anders als für Ostdeutschland – neuerliche steuerliche Belastungen nicht zu erwarten sind.

Die konjunkturellen Bestimmungsgründe für den westdeutschen Wohnungsbau werden sich wieder leicht bessern. Empirische Untersuchungen (Mehring 1992) zeigen, daß die Veränderung der realen Wohnungsbauinvestitionen posi-

⁴ Der Anteil der ostdeutschen an den gesamtdeutschen Wohnungsbauinvestitionen betrug im Jahr 1994 rund 19 vH. Davon ist – darauf deutet die Bauvolumenrechnung des DIW (Bartholmai 1996) hin – rund die Hälfte der Wohnungsmodernisierung zuzurechnen. Zudem sind nicht alle Wohnungsneubauten von der Einschränkung betroffen, da die direkte Förderung des Wohnungsbaus auf hohem Niveau bleibt.

Schaubild 4 – Wohnungsbauinvestitionen, Wohnungsbaugenehmigungen und Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe (Wohnbauten) in Westdeutschland^a



^a Saison- und arbeitstäglich bereinigt, Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH .

tiv vom Überschuß der erwarteten Mieten über das Baupreisniveau sowie vom real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und negativ vom Wohnungsbestand pro Kopf der Wohnbevölkerung abhängen.

Die Ausstattung mit Wohnraum ist gegenwärtig ähnlich hoch wie im Jahr 1987 (Deutsche Bundesbank 1996a: 24). In der Folge sank die Wohnungsbautätigkeit, erst mit dem Zustrom von Aus- und Übersiedlern Ende der achtziger Jahre stiegen die Investitionen wieder spürbar. Vielfach wird vermutet, künftig sei mit einer ähnlich verhaltenen Entwicklung in Westdeutschland wie 1987 und 1988 zu rechnen. Doch haben seitdem die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar zugenommen. Es ist daher zu erwarten, daß heute ein größerer Bestand an Wohnraum pro Kopf nachgefragt wird als 1987.

Auch die Entwicklung der Mieten, der Baukosten und der Zinsen sprechen für eine Erholung des westdeutschen Wohnungsbaus. Zwar hat sich der Anstieg der Mieten deutlich abgeflacht, noch stärker haben sich jedoch die Baupreise beruhigt; das gesamtwirtschaftliche Baupreisniveau war im ersten Quartal dieses Jahres sogar niedriger als im Vorjahr. Angesichts der moderaten Tarifierhebungen im Baugewerbe, und auch weil das Entsendegesetz vorerst nicht wirksam wird, kann mit weiter günstigen Baupreisen gerechnet werden. Die langfristigen Zinsen und die Hypothekenzinsen werden im Prognosezeitraum recht niedrig bleiben. Auch dies stützt den Wohnungsbau. Insgesamt werden die Wohnungsbauinvestitionen 1997 nach unserem Urteil ihr Vorjahresniveau leicht übertreffen.

Der Wirtschaftsbau wird sich im kommenden Jahr erholen. Maßgeblich hierfür ist, daß die Auslastung der Produktionsanlagen deutlich zunehmen wird. Bei sich verbessernder Sachkapitalrendite und nur leicht steigenden langfristigen Zinsen werden Kapazitätserweiterungen lohnend. Freilich liegt der Wendepunkt beim gewerblichen Bau erfahrungsgemäß nach dem bei der Gesamtwirtschaft. Zudem gibt es bei Büroflächen große Leerstände. Für Ostdeutschland kommt hinzu, daß der Großteil der gegenüber der Treuhandanstalt eingegangenen Investitionszusagen bereits eingelöst ist. Insgesamt kann mit einem spürbaren Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen erst für die zweite Jahreshälfte 1997 gerechnet werden. Der öffentliche Bau wird in diesem wie im nächsten Jahr aufgrund der Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte eingeschränkt werden.

Ausrüstungsinvestitionen beleben sich

Die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten im ersten Quartal des Jahres 1996. Damit haben sie in der Grundtendenz seit Anfang 1995 nicht mehr zugenommen. Die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen, die Mitte 1993 begann, blieb somit – verglichen mit anderen Konjunkturzyklen und auch im Gegensatz zur Entwicklung in den meisten übrigen Ländern in Westeuropa – sehr schwach. Die geringe Investitionstätigkeit reflektiert teilweise die Ausnahmesituation, die sich im Zuge der deutschen Vereinigung ergeben hat. Damals stiegen die Investitionen gemessen an der Wertschöpfung der Unternehmen oder am Bruttoinlandsprodukt auf ein in Westdeutschland zuvor nicht erreichtes Niveau. Die

sprunghaft erhöhte Nachfrage aus den neuen Bundesländern nach westdeutschen Erzeugnissen führte zu einem sehr hohen Auslastungsgrad der Produktionsanlagen, verbesserte die Rendite der Sachanlagen und die Renditeerwartungen stark und ließ umfangreiche Neuinvestitionen lohnend erscheinen. Die finanziellen Transfers für Ostdeutschland hatten jedoch eine steigende Belastung der Unternehmen mit Abgaben zur Folge, und auch die beträchtliche Ausweitung der Kapazitäten ließ die Renditen sinken. Mithin wurde die Investitionstätigkeit gedämpft. Zudem betrachten die Investoren den Standort Deutschland wohl zunehmend kritisch. Darauf deutet auch die Bilanz der Direktinvestitionen deutscher Anleger im Ausland und ausländischer in Deutschland hin, die sich fortgesetzt passiviert. Hinzu kamen im vergangenen Jahr die kräftigen Lohnsteigerungen, die Höherbewertung der D-Mark sowie die konjunkturelle Verlangsamung im Ausland, die die Gewinn- und die Absatzerwartungen der Unternehmen zusätzlich eintrübten.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nun auf ein Niveau gesunken, das dem in Westdeutschland in den achtziger Jahren entspricht. Wir erwarten, daß die Investitionen nunmehr wieder stärker durch konjunkturelle Rahmenbedingungen geprägt werden. Diese haben sich inzwischen gebessert: Die Höherbewertung der D-Mark hat sich zurückgebildet, die Lohnsteigerungen sind deutlich niedriger als zuvor, und die langfristigen Zinsen sind recht niedrig. Konjunkturelle Indikatoren deuten darauf hin, daß die Ausrüstungsinvestitionen bereits im zweiten Quartal zugenommen haben. So haben sich Befragungen zufolge die Geschäftserwartungen der Unternehmen im April erstmals in diesem Jahr merklich aufgehellt. Der Auftragseingang aus dem Ausland hat sich schon seit Beginn des Jahres belebt. Zuletzt waren auch die Bestellungen aus dem Inland spürbar aufwärtsgerichtet. Insgesamt sehen sich die Unternehmen einer wieder stärkeren Nachfrage gegenüber. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen wird sich Verlauf dieses Jahres beschleunigen. Im Durchschnitt des nächsten Jahres werden sie um reichlich 5 vH höher sein als in diesem Jahr.

Außenhandel nimmt Fahrt auf

Die deutsche Warenausfuhr, die bis zum Herbst des zurückliegenden Jahres spürbar zunahm, hat im Winterhalbjahr stagniert. Ursächlich hierfür war vor allem die Abschwächung der Produktion in wichtigen Handelspartnerländern. Hinzu kam die Aufwertung der D-Mark in der ersten Jahreshälfte 1995. Insbesondere die Lieferungen in die Länder Westeuropas und in die Vereinigten Staaten neigten zur Schwäche. Dagegen blieben die Exporte in die mittelosteuropäischen Reformländer sowie in die Entwicklungsländer in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Insgesamt übertrafen die Warenexporte im zurückliegenden Jahr ihr Vorjahresergebnis um rund 3,5 vH.

Für die weitere Entwicklung der Ausfuhren sind die Bedingungen günstig. So hat sich die Konjunktur in den anderen westeuropäischen Ländern sowie in den Vereinigten Staaten nur vorübergehend abgeschwächt. Dies zeigt sich auch daran, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland seit dem Jahreswechsel wie-

der kräftig zugelegt haben. Im Verlauf des Prognosezeitraums werden sich die Impulse von seiten der Weltkonjunktur verstärken. In Nordamerika dürfte sich die wirtschaftliche Expansion fortsetzen, und für Westeuropa ist mit einer deutlichen Belebung von Nachfrage und Produktion zu rechnen. Die Nachfrage aus den mittelosteuropäischen Reformländern sowie aus dem asiatisch-pazifischen Raum dürfte deutlich aufwärtsgerichtet bleiben. Dabei werden die deutschen Unternehmen von der zunehmenden Investitionstätigkeit in vielen Handelspartnerländern begünstigt. Die Exporte von Investitionsgütern, die auch im zurückliegenden Jahr anhaltend ausgeweitet wurden, dürften im Prognosezeitraum fortgesetzt überdurchschnittlich kräftig expandieren. Diese Güter haben mit einem Anteil von reichlich 56 vH an den Gesamtausfuhren eine besonders große Bedeutung. Auch die Lieferungen von Grundstoffen und Produktionsgütern, die im Winterhalbjahr in der Tendenz rückläufig waren, werden sich mit der Kräftigung der Industrieproduktion im Ausland beleben. Dagegen dürfte die Ausfuhr von Verbrauchsgütern weiterhin gedämpft bleiben. In den europäischen Ländern verhindert die anhaltend hohe Belastung der privaten Haushalte mit Steuern und Abgaben eine durchgreifende Erholung der Konsumnachfrage.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, die sich im Zuge der Aufwertung der D-Mark in der ersten Hälfte des zurückliegenden Jahres spürbar verschlechtert hatte, hat sich seit dem Herbst wieder merklich verbessert. Der Außenwert der D-Mark hat sich seither deutlich zurückgebildet. Er erreichte zuletzt etwa das Niveau vom Jahresende 1994 und unterschritt damit das Niveau von März 1995 – als die Aufwertung der D-Mark ihren Höhepunkt erreicht hatte – um knapp 4,5 vH. Zudem gelang es den Unternehmen vielfach, durch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen die Kosten zu senken. Von der weiteren Wechselkursentwicklung dürften leicht positive Effekte auf die Preiswettbewerbsposition deutscher Anbieter ausgehen. Wir erwarten für dieses Jahr einen moderaten Anstieg des Dollarkurses gegenüber der D-Mark; die Parität der D-Mark gegenüber den europäischen Währungen dürfte sich kaum ändern.

Bei diesen Rahmenbedingungen werden die Exporte im Verlauf dieses Jahres spürbar an Fahrt gewinnen und das Niveau im Vorjahr um real knapp 3,5 vH übertreffen. Im Verlauf des kommenden Jahres wird sich das Expansionstempo der Ausfuhren etwas beruhigen; jedoch werden die Exporte 1997 um knapp 5 vH höher als 1996 sein, weil das Ausfuhrniveau in der ersten Hälfte dieses Jahres vergleichsweise gering war.

Nachdem die Wareneinfuhren in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres noch merklich zunahmen, gingen sie im Winterhalbjahr in der Tendenz zurück. Darin spiegelt sich die konjunkturelle Abschwächung von Nachfrage und Produktion im Inland wider. So verminderte sich die Einfuhr von Rohstoffen, Vorerzeugnissen und Energieträgern spürbar. Entsprechend gedrückt waren die Bezüge aus den Entwicklungsländern, die Importe aus den OPEC-Ländern gingen sogar kräftig zurück. Dagegen wurden die Einfuhren aus den mittelosteuropäischen Reformländern fortgesetzt deutlich ausgeweitet. Dies ist auch auf die zunehmenden Reimporte von Gütern zurückzuführen, die zuvor zur kostengünstigen Verarbeitung dorthin geliefert wurden.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Importe infolge der Belebung der heimischen Nachfrage und Produktion zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte sich das Expansionstempo etwas beschleunigen. Mit der Ausweitung der Produktion wird der Import von Vorerzeugnissen steigen. Die erhöhte Investitionstätigkeit wird die Einfuhr von Investitionsgütern spürbar beleben. Zudem werden mit den zunehmenden Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte die Bezüge von Konsumgütern aus dem Ausland deutlich ausgeweitet.

Die Einfuhrpreise, die im Verlauf des vergangenen Jahres im Zuge der DM-Aufwertung merklich zurückgegangen waren, zogen zu Beginn dieses Jahres leicht an. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einer moderaten, aber anhaltenden Aufwärtsentwicklung bei den Importpreisen. Mit der Erholung der Weltkonjunktur werden die Preise für Rohstoffe und industrielle Grundstoffe auf Dollarbasis steigen. Hinzu kommt, daß sich der US-Dollar gegenüber der D-Mark zunächst noch aufwerten dürfte. Die Einfuhrpreise werden in diesem Jahr wohl um 1,5 vH über dem Niveau im Vorjahr liegen, im kommenden Jahr dürfte der Preisanstieg reichlich 3 vH betragen.

Mäßige Zunahme des privaten Verbrauchs

Der private Verbrauch übertraf im ersten Quartal das Niveau im vierten Quartal des vergangenen Jahres um 0,5 vH. Ein Großteil des Nachfrageanstiegs entfiel auf den Einzelhandel.⁵ Beispielsweise wurden rund 4 vH mehr Personenkraftwagen neu zugelassen als in den letzten drei Monaten des Jahres 1995.

Der private Verbrauch dürfte vor allem durch finanzpolitische Maßnahmen angeregt worden sein. So wurde zu Jahresbeginn der Grundfreibetrag bei der Einkommensbesteuerung erhöht. Außerdem wurde die Familienförderung ausgeweitet. Die wegen gestiegener Beitragssätze erhöhten Einnahmen der Sozialversicherung sind größtenteils an die privaten Haushalte in Form öffentlicher Transfers zurückgeflossen. Alles in allem ist es im ersten Quartal durch die finanzpolitischen Maßnahmen zu einem Anstieg des verfügbaren Einkommens um rund 1 vH gekommen. Die privaten Haushalte haben einen Großteil der zusätzlichen Einkommen im selben Quartal für Käufe von Gütern und Dienstleistungen verwendet. Damit bestätigen sich die Ergebnisse ökonomischer Untersuchungen, die auf eine rasche Reaktion des privaten Verbrauchs auf Änderungen des verfügbaren Einkommens schließen lassen (vgl. etwa Wolters 1992: 129 und Krämer 1995: 424). Im weiteren Verlauf des Jahres wird der private Verbrauch bei tendenziell stagnierenden real verfügbaren Einkommen kaum noch steigen. Im Durchschnitt des Jahres wird der private Verbrauch das Niveau im Jahr 1995 um 1 vH übertreffen. Die Sparquote dürfte unter dem Niveau im Vorjahr liegen, da die Realzinsen geringer als damals sind und die Steuersenkungen und Transfererhöhungen vor allem Beziehern unterdurch-

⁵ Diese Aussage stützt sich auf Ergebnisse von Verbandsstatistiken. Dagegen ist der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index des realen Einzelhandelsumsatzes im ersten Quartal saisonbereinigt deutlich gesunken. Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß dieser Index wegen der Umstellung auf eine neue EU-einheitliche Wirtschaftszweckklassifikation derzeit wenig aussagekräftig ist.

schnittlicher Einkommen zufließen, die verglichen mit anderen Haushaltstypen eine niedrigere Sparquote aufweisen.

Im kommenden Jahr werden die verfügbaren Einkommen etwas kräftiger zunehmen als 1996. Dies liegt vor allem daran, daß bei rasch steigender gesamtwirtschaftlicher Produktion die entnommenen Gewinne und die Vermögenseinkommen, die knapp ein Drittel des verfügbaren Einkommens ausmachen, deutlich expandieren. Die real verfügbaren Einkommen dürften somit erstmals seit Ende der Rezession im Jahr 1993 nennenswert zunehmen, zumal der Preisanstieg mit 1,6 vH moderat bleibt. Erfahrungsgemäß verwenden die privaten Haushalte in solchen konjunkturellen Situationen einen Teil des Realeinkommenszuwachses, um ihre Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen aufzustocken. Außerdem stimulieren höhere Realzinsen die Ersparnis. Im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte der private Verbrauch das Niveau in diesem Jahr um 1,5 vH übertreffen.

Anstieg der Verbraucherpreise auch 1997 gering

Das Preisklima war zuletzt günstig. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sind rückläufig, der Anstieg der Verbraucherpreise blieb moderat. Teilweise liegt dies daran, daß die Subventionierung der in Deutschland geförderten Kohle nicht mehr durch einen Aufschlag auf den Strompreis finanziert wird. Für sich genommen hat dies den Preisindex für die Lebenshaltung um knapp 0,2 Prozentpunkte gesenkt.

Obwohl die Importpreise wegen steigender Rohstoffpreise und einer sich abwertenden DM wieder aufwärts gerichtet sind, dürften die Verbraucherpreise im weiteren Verlauf dieses Jahres nur mit einer Rate von knapp 2 vH steigen. Die Lohnstückkosten erhöhen sich bei den niedrigen Tariflohnabschlüssen weniger als im Vorjahr. Außerdem deutet die Geldmengenentwicklung in der Vergangenheit nicht darauf hin, daß sich die Inflation beschleunigt.⁶ Im Durchschnitt des Jahres wird der Preisindex für die Lebenshaltung das Niveau im Vorjahr um 1,5 vH überschreiten. In Ostdeutschland fällt der Anstieg etwas höher aus. Dazu trägt bei, daß es zur Mitte des vergangenen Jahres einen Sprung im Preisindex gegeben hat. Damals haben sich die Mieten wegen des Inkrafttretens des Mietenüberleitungsgesetzes spürbar verteuert.

Auch im Verlauf des kommenden Jahres wird der Preisauftrieb nicht an Fahrt gewinnen. Zwar beschleunigt sich bei anziehender Konjunktur in den Industrieländern der Anstieg der Rohstoff- und damit der Importpreise. Dies wird aber dadurch kompensiert, daß die Lohnstückkosten bei niedrigen Tariflohnanhebungen und einer im Zuge des Aufschwungs steigenden Produktivität in der Grundtendenz stagnieren. Im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte die Inflationsrate sowohl in West- als auch in Ostdeutschland bei 1,6 vH liegen.

⁶ Zwar expandiert die Geldmenge M3 derzeit recht stark. Für die Inflationsentwicklung ist jedoch die mittelfristige Entwicklung wichtiger. Verglichen etwa mit dem Stand vom vierten Quartal 1994 hat sich M3 mit einer laufenden Jahresrate von knapp 5 vH moderat entwickelt.

Besserung auf dem Arbeitsmarkt erst 1997

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich zu Jahresbeginn deutlich verschlechtert. Im ersten Quartal ist die Zahl der Erwerbstätigen um 230 000 gesunken, die der Arbeitslosen ist in ähnlichem Umfang gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter, die Mitte vergangenen Jahres ihren Tiefstand erreicht hatte, nahm zu. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation im ersten Quartal geht etwa zu gleichen Teilen auf konjunkturelle Einflüsse und auf eine saisonuntypisch schlechte Witterung zurück, die vor allem im Baugewerbe zu Entlassungen führte. Mittlerweile ist es bei besserem Wetter zu Neueinstellungen gekommen.

Der konjunkturelle Aufschwung und die im Vergleich zum Vorjahr niedrigen Lohnabschlüsse in der Größenordnung von weniger als 2 vH werden sich erst ab Frühjahr nächsten Jahres positiv auf die Arbeitskräftenachfrage auswirken, da die Unternehmen zunächst vorhandene Personalreserven nutzen. In diesem Jahr wird die Zahl der Erwerbstätigen das Niveau im Vorjahr um 1 vH unterschreiten, 1997 wird sie ähnlich hoch wie im Vorjahr sein. Das Arbeitskräfteangebot wird sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr voraussichtlich um jeweils 100 000 Personen sinken. Regional verläuft die Entwicklung allerdings unterschiedlich. In Westdeutschland nimmt das Arbeitskräftepotential vor allem wegen der Zuwanderung etwas zu. In Ostdeutschland dürfte es dagegen deutlich abnehmen. Zum einen ist die Erwerbsbeteiligung bei älteren Erwerbspersonen und bei verheirateten jüngeren Frauen rückläufig. Zum anderen werden die Ausbildungszeiten länger.

Da die Arbeitskräftenachfrage in diesem Jahr stärker sinkt als das Arbeitskräfteangebot, wird die Zahl der Arbeitslosen im weiteren Verlauf des Jahres steigen; erst im kommenden Jahr dürfte sie bei anziehender Arbeitskräftenachfrage spürbar reduziert werden. Im Durchschnitt dieses Jahres liegt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 330 000 über dem Stand im Jahr 1995; im kommenden Jahr entspricht sie in etwa dem Niveau im Vorjahr.

Summary

Federal Republic of Germany: Economic Activity Recovers – New Fiscal Consolidation Package

The recent consolidation package proposed by the federal government does not impede a cyclical recovery. It contains first steps towards reducing the social welfare burdens and decreasing the tax burdens, particularly with respect to corporate taxes. If implemented as planned the package will help to gradually improve Germany's position in the international locational competition. However, the package has severe shortcomings: It lacks a significant cut in subsidies and does not reduce the high marginal tax rates for low income earners.

Fiscal Policy Dampens Economic Activity Only Slightly

The government's „Program for More Growth and Employment„ will relieve the public budget by about DM 15 bill. in 1997, this is 0.4 percent in relation

to GDP. On the expenditure side the savings will amount to about DM 19 bill. Spending cuts mainly consist of cut-backs in pension and medical insurance benefits as well as a freeze in unemployment compensations. The tax cuts of DM 11 bill. mainly consist of a decrease in the solidarity surcharge from 7.5 to 6.5 percent and the implementation of a business tax reform (encompassing a reform of trade, inheritance and wealth taxes). However, the tax cuts will largely be compensated by higher social security compensations (DM 7 bill.). The program thus has a dampening impact on domestic demand in 1997. However, the impact is smaller than generally assumed in the public policy debate. It also has to be taken into account that without spending cuts social security contributions would have to be raised further. In addition, the program helps to restore confidence on the side of investors and consumers that the government is willing to reduce the high tax burden. This will help to gradually improve the propensity to invest and to consume already in 1997.

Underlying Economic Conditions Favourable

While fiscal policy slightly dampens overall demand, the other underlying conditions of the economy suggests that economic activity will recover in the course of this and next year. The Bundesbank has continued to reduce its interest rates. The key interest rates are as low as at the end of 1987. The expansion of the money supply indicates an expansionary stance of monetary policy: M3 and M1 have grown at an annual rate of about 10 percent in the last six months. Because capacity utilisation and inflation will remain low in the course of 1996, the Bundesbank is likely to keep its interest rates at the present level. Only in 1997 the Bundesbank will start to tighten monetary policy. However, the rise of interest rates will be moderate and will therefore not dampen the expansion of production because the expected return on investment will be improving, too.

In this year's wage round pay increases by about 2 percent have been agreed upon, for the public sector the rise of wages is less than 1 percent. However, in some branches there are spillover effects from last year's wage round. All in all, hourly wages will exceed their pre year's level in 1996 by 2.2 percent. Because unemployment remains high the wage increases in 1997 will stay moderate; the wage level will be about 2 percent higher than this year. Together with the cyclical upswing this will lead to a marked improvement of profits.

Foreign demand will stimulate overall production. Economic activity in the main trading partner countries is likely to recover in the course of this and the next year. Moreover, German industry will become more competitive, because the D-Mark has depreciated relative to most currencies.

Recovery Ahead – Catching Up Process in Eastern Germany is Stalling

In western Germany overall production will grow slightly faster than the production potential in the second half of this year and in the course of next year. Construction activity, however, will only pick up slightly in the course of next year. However, due to its low level at the beginning of this year, real GDP will exceed its pre-year's level in 1996 by merely 0.4 percent; in 1997, real GDP is likely to rise by 2.6 percent.

In the new federal states output growth has slowed significantly already in the course of last year. This partly reflects the cyclical weakening in western Germany. However, the main reason for the slowdown of overall production is that many companies lack competitiveness. To a great extent this is due to the high wage level. Following to unification, wages rose significantly. However, in the beginning productivity grew even faster, as production was redesigned or rationalized and as new production processes were implemented. Thus, unit labor costs, though being higher than in western Germany, at first decreased perceptibly. Now, productivity gains are almost exhausted and less new plants are set up. As productivity rose less than wages in 1995, unit labor costs increased also compared to western Germany. The profit situation of many companies especially in the manufacturing sector will therefore remain weak. Under these conditions overall production – despite the cyclical upswing – will only grow by about 3.5 percent next year after 3 percent this year. For Germany as a whole, real GDP will increase by 0.6 percent this year and by 2.6 percent in 1997.

The economic recovery and this year's modest wage increases will have positive effects for labor demand not before spring next year, since companies will in the first instance use productivity reserves. This year the number of employed will be about 1 percent lower than last year, in 1997 it will be as high as this year. The number of unemployed will exceed its pre-year's level by about 330 000 persons this year, next year there will hardly be any change. Due to low wage increases unit labor costs remain flat. Thus, consumer price inflation will stay low this year as well as next year.

Literaturverzeichnis

- Bartholmai, B. (1996). Wohnungsbau 1996: Nachfragebelebung im Westen und Abschwung im Osten. *DIW-Wochenbericht* 9.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (1996). *Finanzielle Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1997*. Bonn.
- Deutsche Bundesbank (1996a). Zur Entwicklung und gegenwärtigen Lage der Bauwirtschaft in Deutschland. *Monatsberichte* 48 (4): 19–33.
- (1996b). *Monatsberichte* 48 (5).
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1995). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Dreizehnter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 256/257. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- (1996). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Vierzehnter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 277/278. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Krämer, J. W. (1995). Die Auswirkungen der Finanzpolitik auf den privaten Verbrauch im Jahr 1996. *Die Weltwirtschaft*: 417–430.
- Lapp, S., K.-W. Schatz, J. Scheide und R. Solveen (1996). Konjunkturelle Wende in den Industrieländern. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Mehring, H. (1992). *Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik*. Münster.
- Statistisches Bundesamt (1996). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Wolters, J. (1992). Der Zusammenhang zwischen Konsum und Einkommen: Alternative ökonomische Ansätze. *RWI-Mitteilungen* 43: 115–132.